

Reflection of National and European Identity in the New Millennium

INFORMATIONSBLATT NR. 1

KONZEPT DER EU-BÜRGERSCHAFT UND DER NATIONALEN IDENTITÄT

Hinweis zum Aufbau



Das erste Factsheet stellt zunächst die Projektidee und die beteiligten Hochschulen vor. Dann wird ein historischer Zugang zu nationaler und europäischer Identität in den beteiligten Ländern eröffnet. Es folgt die Darstellung der Ergebnisse von EU-weiten Befragungen zu European citizenship. Schließlich werden noch kurz aktuelle Herausforderungen thematisiert. Adressaten sind die interessierte Öffentlichkeit. Eine Nutzung in Schule und Unterricht soll möglich sein.

Reflection of National and European Identity in the New Millennium. Concept of EU-Citizenship and National Identity – Projektidee

Das Projekt bringt vier Partner aus Deutschland, Großbritannien, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik zusammen, um ihre Erfahrungen mit dem Erlernen der oben genannten Themen zu vergleichen und etwas über den aktuellen Stand der Entwicklung zu erfahren, der von Universitätslehrern und Lehrern an weiterführenden Schulen genutzt werden kann. Langfristiges Ziel des Projekts ist es, den Bildungserfolg und die Beteiligung junger Menschen an einer aktiven EU-Bürgerschaft zu erhöhen. Das besondere Ziel dieses Projekts ist es, die oben genannten Themen auf Universitätsebene auf höchst innovative Weise zu unterrichten, und zwar unter Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), die eine sofortige Kommunikation der Projektmitglieder und einen gemeinsamen Unterricht in Echtzeit im virtuellen 3D-



Erasmus+



Klassenzimmer ermöglicht, unabhängig davon, wo sich die Benutzer befinden. Dies wird auch das Bewusstsein der Hochschullehrer für den Einsatz von IKT in der Form des Blended Learning auf Hochschulebene deutlich erhöhen.

The Participating Universities

Palacký University Olomouc/Czech Republic (<https://www.upol.cz/en/>)



Die Palacký-Universität Olomouc (PU) ist eine der ältesten Universitäten in Mitteleuropa. Sie kann auf eine 446-jährige Tradition der Hochschulbildung zurückblicken und ist ein renommiertes Zentrum für Lehre und Forschung. Mit mehr als 24.000 Studierenden an acht Fakultäten bietet sie eine qualitativ hochwertige Ausbildung und einen hervorragenden Hintergrund für die Forschung in einem breiten

Spektrum akademischer Disziplinen. Die acht Fakultäten der Palacký Universität bieten 274 Bachelor-, Master- und Doktorandenstudiengänge an. Bewerber können aus einem breiten Spektrum von Studiengängen wählen, das von Theologie, Pädagogik, Körperkultur und Sport über Geistes-, Sozial- und Kunstwissenschaften bis hin zu Natur-, Medizin- und Gesundheitswissenschaften reicht. Das Kreditsystem der UP ist vollständig kompatibel mit dem ECTS - dem Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen. Der prestigeträchtige Status der Universität in Olomouc wird jedes Jahr durch die große Zahl junger Bewerber, aber auch reiferer Studenten wie Senioren und anderer Interessenten bestätigt. Die Qualität der angebotenen Studienprogramme, der Ausbildung und des wissenschaftlichen Outputs wird durch internationale Rankings wie das Times Higher Education World University Rankings, das Centre for World University Rankings und das U. S. News and World Report Best Global Universities Ranking bestätigt, wonach die Palacký Universität zu den Spitzenuniversitäten des Landes gehört und sogar auf internationaler Ebene eine bedeutende Platzierung erreicht. Die PU gehört zu den besten tschechischen Forschungsuniversitäten und beherbergt mehrere international anerkannte Forschungszentren. In der letzten Ausgabe des renommierten U.S. News & World Report Best Global Universities Rankings erreichte die PU den 488. Die PU hat umfassende Dienstleistungen für internationale Studierende und Mitarbeiter entwickelt.

Heidelberg University of Education/Germany (<https://www.ph-heidelberg.de>)



Die **Pädagogische Hochschule Heidelberg** ist eine bildungswissenschaftliche Hochschule, die primär Bachelor- und Masterstudiengänge in Lehramtsstudiengängen sowie weitere Studiengänge mit pädagogischen Profil anbietet. Sie hat die vollen akademischen Rechte (Promotions- und Habilitationsrecht). Die Hochschule hat ca. 4000 Studierende und 66 Professuren. Forschungsschwerpunkte sind Schul- und

Unterrichtsentwicklung sowie Lehrerprofessionalität, Bildung für Diversität und Inklusion, Science Education, sprachlich-literarische Bildung und Medienbildung. Seit 2015 hat sie gemeinsam mit der Universität Heidelberg eine School of Education, die die Lehrerbildung am Standort Heidelberg innovativ vorantreiben möchte. Die am Projekt beteiligten Hochschulmitglieder arbeiten in den Abteilungen Soziologie und Geschichte.

Matej-Bel-Universität Banská Bystrica/Slovakia (<https://www.umb.sk/>)



Die Matej-Bel-Universität in Banská Bystrica (UMB) gehört zum Netz der öffentlichen slowakischen Universitäten. Sie wurde 1992 durch den Zusammenschluss der Universität für Wirtschaft, Dienstleistungen und Tourismus in Banská Bystrica und der Fakultät für Erziehungswissenschaften in Banská Bystrica gegründet. Im Jahr 2010 erhielt die UMB-Universität den Status einer Universität. Die Universität ist Mitglied der European Association of Universities. Die UMB bietet eine hochwertige Hochschulbildung, die den Bedürfnissen der Praxis und dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung entspricht. Die Universität besteht aus sechs Fakultäten, die 392 akkreditierte Studienprogramme auf allen Ebenen und in allen Studienformen anbieten, darunter auch Programme, die in Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten durchgeführt werden. Pädagogische, wissenschaftliche und künstlerische Aktivitäten werden durch Grundlagen- und angewandte Forschung, die in Zusammenarbeit mit slowakischen und ausländischen Einrichtungen durchgeführt wird, wirksam ergänzt. Darüber hinaus schafft die UMB durch Kunstensembles, Sportvereine und andere studentische Organisationen Bedingungen für eine aktive Freizeitgestaltung der Studierenden. Im akademischen Jahr 2020/2021 studieren fast 7.000 Studierende an der Universität.

Northumbria University Newcastle/Great Britain (<https://www.northumbria.ac.uk/>)



Die University of Northumbria in Newcastle (UNN) ist eine forschungsstarke, wirtschaftsorientierte Berufsuniversität mit einem weltweiten Ruf für akademische Spitzenleistungen. Sie hat ihren Sitz im Herzen von Newcastle upon Tyne, das regelmäßig zum besten Ort im Vereinigten Königreich für Studierende gewählt wird. An der UNN sind mehr als 27.000 Studenten aus über 100 Ländern eingeschrieben, darunter über 500 Doktoranden. Die University of Newcastle upon Tyne ist international ausgerichtet und bietet Studiengänge in der ganzen Welt an. Die UNN hat ein starkes Profil in Asien, mit regionalen Büros in China, Indien, Malaysia und Thailand. Die UNN arbeitet mit großen Arbeitgebern zusammen, darunter Nike, IBM, Nissan, Caterpillar, Cummins, Proctor & Gamble, die BBC und der NHS, während mehr als 560 Arbeitgeber und 60 Berufsverbände die Programme der Universität sponsern oder akkreditieren.

Nationale Identität – historischer Zugang



Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den Jahren 1989/90, der deutschen Wiedervereinigung und dem großen Interesse von vielen ost- und mitteleuropäischen Ländern Mitglied der Europäischen Union zu werden, schien am Beginn des neuen Millenniums die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration ungebrochen fortgeschrieben zu werden. Ende des letzten Jahrhunderts entstand im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine gemeinsame Währung, die in 11 Ländern zunächst im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingesetzt und ab 2002 auch als Münz- und Scheingeld in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen wurde. Die WWU, der Euro und der Binnenmarkt werden als zentrale Elemente der Europäischen Integration betrachtet.

Durch den Beitritt von 10 Ländern im Jahr 2004 ist die Union auf einen Schlag von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten angewachsen. Der Großteil der neuen Mitgliedsländer waren „junge Demokratien“ aus Mittel- und Osteuropa. Für die Bürgerinnen und Bürger ergaben sich vielfältige neue Begegnungsmöglichkeiten. Auf institutioneller Ebene zeigte sich aber auch, dass die verschiedenen nationalen Geschichten vor 1989/90 auch zu unterschiedlichen Perspektiven auf die EU und den europäischen Einigungsprozess führten. Wenige Jahre nach dieser Erweiterung erschütterte die weltweite Finanzkrise 2008 wie auch der mögliche Staatsbankrott eines Mitgliedslandes – Griechenland – das europäische Währungssystem und auch den Integrationsprozess insgesamt. Vielleicht ist es nicht verwunderlich, dass in der Folge dieser Krisen trotz vieler neuer Beitrittswünsche auch erstmals ein Land die EU verlassen wird. 2016 entschied sich das britische Volk mit knapper Mehrheit für einen Austritt aus der EU, der zum 31.01.2020 vollzogen wurde.

In dem Projekt NAETINEM beleuchten Wissenschaftler/innen aus vier Ländern das Verhältnis von nationaler und europäischer Identität in den jeweiligen Staaten. Die Zusammensetzung der Länder spiegelt die historischen Etappen der EU wider: die Bundesrepublik Deutschland als Gründungsstaat der europäischen Integration (1952), Großbritannien, das 1972 in die Europäische Gemeinschaft eingetreten war, aber wiederholt mit einem möglichen Austritt kokettierte und am 31.01.2020 nun diesen Schritt nach langen Verhandlungen auch vollzogen hat. Eine weitere Perspektive bringen die Tschechische Republik und die Slowakei ein, die in verschiedenen Konturen den Großteil des 20. Jahrhunderts gemeinsam einen Staat bildeten. Im Nachgang des 2. Weltkriegs wurde 1948 die Tschechoslowakische Republik gegründet, die auch Gründungsmitglied des Warschauer Paktes im Jahr 1955 war und somit klar als Satellitenstaat der Sowjetunion zu sehen war. Eine Umbenennung in Tschechoslowakische Sozialistische Republik im Jahr 1960 dokumentierte dies. Die friedliche Trennung im Jahr 1992 wurde von beiden Seiten als Akt der Volkssouveränität betrachtet. Seit dem 01.01.1993 sind die Tschechische Republik und Slowakische Republik eigenständige Staaten.

Vereinigung und Trennung von (über-)staatlichen Gefügen

Für Deutschland war der Mauerfall eine historische Chance, die seit 1949 in Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR) getrennten staatlichen Einheiten zu einem vereinigten Deutschland zusammenzufügen. Die Einheit formierte sich als Beitritt der DDR zur BRD, was 1989 gerade von vielen Ostdeutschen als schnellste und unproblematischste Weise der Vereinigung angesehen wurde. 30 Jahre später wird die Einheit und der damit einhergehende Transformationsprozess von ostdeutschen Bürgern häufig als „Übernahme“ gewertet. Zeitungstitel wie „Die Wunden der ostdeutschen Seele“ (FAZ, 26.8.2019) oder „Als die Ostler das System verstanden hatten, war der Kuchen verteilt“ (SZ, 1.2.2019), „Das ostdeutsche Identitätsgefühl“ (FAZ, 24.7.2019) oder „Fremd im eigenen Haus“ (FAZ, 23.1.2019) verweisen auf das Empfinden, bei allen inzwischen als selbstverständlich angenommenen Annehmlichkeiten keine gleichen Chancen gehabt zu haben und immer noch abgehängt zu sein. Dieser neu entfachte Zwiespalt zwischen „Ost“ und „West“ wird befeuert durch das Erstarken rechter Parteien und deren Befürworter, nicht zuletzt, wegen der „Flüchtlingskrise“, die Europa seit Ende 2015 vor große Herausforderungen stellt. Der große Zuwachs an Migranten, geflüchteten Menschen, verhalf rechten Parteien, nicht nur in Deutschland, an Stärke zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund in Deutschland über „nationale“ Identität zu sprechen, bringt in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatte die Gefahr des Missbrauchs des Konzepts im Sinne einer Identitätspolitik mit sich. Rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien nutzen dies als Grundlage ihrer nationalistischen Parolen. Es besteht also eine kontroverse Debatte rund um den Begriff der „nationalen“ Identität, nicht zuletzt wegen der historischen Vergangenheit Deutschlands. Deutlich positiver konnotiert erscheint die „europäische“ Identität

Dies zeigt sich zum Beispiel in dem politischen Bestreben von Teilen der deutschen Politik, beispielsweise durch den ehemaligen Präsidenten des Europaparlaments Martin Schulz, der 2017 von einem „Vereinigten Staaten von Europa“ gesprochen hat (ZEIT, 07.12.2017 - <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/spd-martin-schulz-parteitag-rede-grosse-koalition>).

Das Bekenntnis zu der Vereinigung von Nationalstaat und überstaatlichen Gefügen wird für Deutschland besonders durch die Bezeichnung als „Motor von Europa“, beziehungsweise „deutsch-französischer Motor“ deutlich. Unter diesem Begriff wird die ausschlaggebende Rolle, die Deutschland und Frankreich gemeinsam seit den 1960er-Jahren für den Fortgang der europäischen Integration spielen, bezeichnet (<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176782/deutsch-franzoesischer-motor>)

In der **Tschechoslowakei** zeigte sich nach 1989, im Vergleich zu DDR und BRD, der umgekehrte Prozess: Die Tschechoslowakei spaltete sich 1993 in die **Tschechische Republik** und in die **Slowakische Republik** auf. Dies hing auch mit der Auflösung der damaligen Sowjetunion zusammen. Die Trennung wurde – wie in Deutschland die Vereinigung – ohne Volksbefragung vollzogen. Nationale - tschechische und slowakische - Identitätsbedürfnisse spielten mit einer Rolle, die 1918 gegründete Tschechoslowakei wird heute in der Presse als Gebilde angesehen, das „nie die Herzen der Menschen erreichte“ (https://www.deutschlandfunkkultur.de/tschechien-und-slowakei-gluecklich-getrennt.979.de.html?dram:article_id=302772, aufgerufen 27.11.2019). Hatte der Kommunismus die auseinanderdriftende Entwicklung zweier Gesellschaften eingefroren, brachen nach 1989 die nationalen Vorurteile und Stereotypen hervor und verstärkten die Unzufriedenheit insbesondere der Slowaken mit dem zentralistisch von Prag aus regierten Staat. So handelten Vaclav Klaus und Ultrationalist Vladimir Meciar die Gründung zweier Nationalstaaten aus. Tschechien konnte somit sein Programm der Annäherung an ein marktliberales Wirtschaftssystem forcieren, die Slowakei als Agrarstaat und versehen mit einer einseitig ausgerichteten Schwerindustrie verlangsamte den Transformationsprozess. Tschechien bleibt bis heute der große Bruder mit einer geringeren Arbeitslosigkeit, die Slowakei hat aber aufgeholt und prosperiert in Form großer Bauprojekte.

Großbritannien hat nach 1945 durch Dekolonisierungsprozesse sein Empire verloren und dadurch international an Bedeutung eingebüßt. Gleichwohl bleibt es Mittelpunkt des Commonwealth, das mit der gemeinsamen Sprache und dem gleichen Regierungsoberhaupt Gemeinsamkeit ausbildet. Großbritannien ist ein komplexes Staatesgebilde, wo in England, Schottland, Wales und Nordirland neben nationalen auch regional ausgeprägte Identitätsanteile eine Rolle spielen. Nur zögerlich, mit Vor- und Rückschritten und unter Aushandlung nationaler Sonderrechte ist Großbritannien 1972 der Europäischen Union beigetreten. Die Europaskepsis blieb immer relativ hoch. Bei der Abstimmung für den „Brexit“ 2016 überwog das Misstrauen der älteren Bürger gegenüber den supranationalen Institutionen der EU. Nach einem mehrjährigen Prozess geprägt durch Diskussionen und unterschiedlichen Vorstellungen wie ein Brexit vollzogen werden kann, ist das Vereinigte Königreich am 31.01.2020 offiziell aus der EU ausgetreten.

Der Schritt aus der EU heraus erscheint bei der Historie des Verhältnisses von Europäischer Union und GB nicht verwunderlich. So gehörte GB beispielsweise nicht zu den Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, da das Königreich damals im Streit mit Frankreich lag. Erst 1972 unterschrieb GB den Vertrag über ihre Mitgliedschaft, die mit Beginn des Jahres 1973 in Kraft traten. Dies wurde für GB in dem sogenannten *European Communities Act 1972* festgehalten.¹ Trotz des langen Prozesses bis zur Mitgliedschaft kam es 1975, also drei Jahre nach den Unterschriften, zu einem Referendum über den Verbleib des Königreiches

¹ Vgl. Kaczorowska, Alina (2008): European Union Law, Routledge-Cavendish-Verlag, New York, S. 293.



in der Europäischen Gemeinschaft.² Dies fiel im Gegensatz zu dem aus 2016 allerdings positiv, im Sinne eines Verbleibens aus. Es zeigt aber dennoch den Zwiespalt zwischen den nationalen und überstaatlichen Gefügen. Eine Studie aus dem Jahr 2015 kommt zu dem Ergebnis, dass in Großbritannien eine besonders niedrig ausgeprägte europäische Identität zu finden ist³. Rund um die Abstimmung über den Brexit gab es verschiedene Bilder von Europa, die in Großbritannien präsentiert wurden.⁴ Insgesamt wurde das Thema der nationalen oder europäischen Zugehörigkeit in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt durch den Brexit.⁵

Die Unionsbürgerschaft verstehen



Die Geschichte der Europäischen Union beginnt bereits nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der Gründung der ‚Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl‘ (EGKS, ‚Montanunion‘) im Jahr 1951 und der Entstehung der ‚Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft‘ (EWG) im Jahr 1957. Es handelte sich hierbei um Bündnisse, die auf die politische und vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den sechs Gründungsstaaten – Belgien, Deutschland (BRD), Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande – ausgelegt waren. Schon in diesem frühen Stadium wurden erste Schritte in die Richtung einer

europäischen Bürgerschaft unternommen: Im Gründungsvertrag der EWG wurden für Arbeitnehmer Grundlagen geschaffen, sich frei über die Grenzen der Mitgliedsstaaten bewegen und sich niederlassen zu können – die so genannte ‚Freizügigkeit der Arbeitnehmer‘⁶, die auch heute noch in ausgeweiteter Form Teil der europäischen Bürgerschaft ist. Hierauf aufbauend gab es bereits seit den 1960er Jahren Pläne zur Einführung einer ‚Europabürgerschaft‘.⁷

Seit der Mitte der 1970er Jahre gab es weitere Vorarbeiten, die den Weg hin zu einer europäischen Bürgerschaft bereiteten. Zu nennen ist hier beispielsweise der Beginn der Entwicklung eines europäischen Binnenmarktes in den 1980er Jahren, durch den beim Handel innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften auftretende Probleme gelöst und freier Handel ermöglicht werden sollten. Diese Entwicklungen trugen schließlich auch zur freien Passierbarkeit der Binnengrenzen ohne Personenkontrollen, also einer Ausweitung der ‚Freizügigkeit der Arbeitnehmer‘ auf alle Bürger und Bürgerinnen, bei.⁸ Der europäische Binnenmarkt

² Vgl. Millner, Vaughne (2015): The 1974-75 UK Renegotiation of EEC Membership and Referendum, in: Commons Briefing papers (13.07.2015), online unter: <https://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/CBP-7253>

³ <https://whatukthinks.org/eu/analysis/do-we-feel-european-and-does-it-matter/>

⁴ Andreouli, Eleni (2018): Constructions of Europe in the run-up to the EU referendum in the UK. In: *Identities* 26 (2), S. 241–259. DOI: 10.1080/1070289X.2018.1486091.

⁵ Ranta, Ronald; Nancheva, Nevena (2019): Unsettled. Brexit and European Union nationals' sense of belonging. In: *Popul Space Place* 25 (1), e2199. DOI: 10.1002/psp.2199.

⁶ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/41/freizugigkeit-der-arbeitnehmer> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

⁷ https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de (zuletzt geprüft am 20.02.2020);

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/41/freizugigkeit-der-arbeitnehmer> (zuletzt geprüft am 20.02.2020);

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/145/die-unionsburger-und-ihre-rechte> (zuletzt geprüft am

20.02.2020); <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/147/freier-personenverkehr> (zuletzt geprüft am

20.02.2020)

⁸ <https://www.consilium.europa.eu/en/maastricht-treaty/> (zuletzt geprüft am 20.02.2020); https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de (zuletzt geprüft am 20.02.2020);

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/147/freier-personenverkehr> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)



umfasst mittlerweile „die vier Grundfreiheiten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital“.⁹

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde am 07. Februar 1992 dann der erste ‚Vertrag über die Europäische Union‘, der ‚Vertrag von Maastricht‘, unterzeichnet, der am 01. November 1993 in Kraft trat. Er sollte vor allem die Rolle der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Europäischen Gemeinschaften – zusammengesetzt aus den bereits genannten EKGS und EWG sowie der ‚Europäischen Atomgemeinschaft‘ (AURATOM) – stärken und eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in verschiedenen Bereichen gewährleisten, unter anderem in Wirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik und Justiz. Der ‚Vertrag von Maastricht‘ legte somit die Grundfesten für die Europäische Union in ihrer heutigen Form, inklusive ihres Namens und der Dreisäulenstruktur. Mit eben diesem Vertrag wurde schließlich auch die so genannte ‚Unionsbürgerschaft‘ oder ‚European Citizenship‘ eingeführt.¹⁰ In kurzer Form lässt sich diese wie folgt definieren:

„Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedslandes der EU besitzt. Die 1993 eingeführte Unionsbürgerschaft ersetzt nicht die jeweilige Staatsangehörigkeit, sondern ergänzt sie. Mit ihr sind u.a. folgende Rechte verbunden: unbegrenztes Reise- und Aufenthaltsrecht in der EU, aktives und passives Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen am Wohnort, diplomatischer Schutz in Drittländern auch durch Auslandsvertretungen anderer Mitgliedstaaten.“¹¹

Zusätzlich sind noch das Petitionsrecht, „das Recht auf Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vorbehaltlich bestimmter Bedingungen“¹² sowie „das Recht, sich schriftlich in einer der Sprachen der Mitgliedstaaten an jedes Organ und an jede Einrichtung der Union zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten“¹³, zu nennen. Die Unionsbürgerschaft erfasst dabei – abgesehen vom Wahlrecht, das erst mit dem ‚Vertrag von Maastricht‘ eingeführt wurde – hauptsächlich Rechte, die Bürger und Bürgerinnen der Mitgliedsstaaten auch vor ihrer Einführung schon hatten, vor allem in den Bereichen des Petitions-, des Niederlassungsrechts und der Freizügigkeit. Durch die Einführung der Unionsbürgerschaft wurden diese Rechte jedoch einer Systematisierung unterzogen. Ziel der Einführung der Unionsbürgerschaft war es auch, EU-Bürger und -Bürgerinnen besser in die demokratischen Prozesse der EU einzubinden, von denen sie zuvor zwar betroffen waren, jedoch selbst keinen Einfluss hatten.¹⁴

Ein neuer Aspekt der Unionsbürgerschaft, von dem seit 2011 Gebrauch gemacht werden kann, ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Obwohl in der offiziellen Definition der Unionsbürgerschaft (Artikel 20 Absatz

⁹ https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

¹⁰ https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de (zuletzt geprüft am 20.02.2020); <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16979/unionsbuergerschaft> (zuletzt geprüft am 20.02.2020); <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177346/vertrag-von-maastricht> (zuletzt geprüft am 20.02.2020); <https://www.consilium.europa.eu/en/maastricht-treaty/> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

¹¹ <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16979/unionsbuergerschaft> (zuletzt aufgerufen am 20.02.2020)

¹² <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/145/die-unionsburger-und-ihre-rechte> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

¹³ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/145/die-unionsburger-und-ihre-rechte> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

¹⁴ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/145/die-unionsburger-und-ihre-rechte> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

2 AEUV) auch von Pflichten der EU-Bürger und -Bürgerinnen die Rede ist, liegen solche, anders als bei Staatsbürgerschaften, bisher nicht vor.¹⁵

Europäische und nationale Identitäten im Licht der Meinungsforschung

Eine zentrale Frage von Zugehörigkeitsgefühl und Identität wird regelmäßig im Rahmen des Eurobarometer erhoben: Fühlen sich Menschen innerhalb der EU eher der eigenen Nation, der Nationalität verbunden, oder verstehen sie sich eher als europäische Bürgerinnen und Bürger? Und haben sich solche Einstellungen im Laufe der letzten Jahre gewandelt? Der „Standard Eurobarometer“ wird halbjährlich erhoben und zur Verfügung gestellt:

„The survey includes topics such as the European political situation and the economy (...). It analyses how Europeans perceive their political institutions,(...) the EU and its institutions as well as their main concerns. It also examines people's attitudes on European citizenship and on issues linked to the priorities of the European Commission, notably free movement and the euro.“¹⁶

Ein fester Bestandteil dieser Umfrage ist auch die Frage „Do you see yourself as...“ die erfasst, ob sich Befragte eher ihrer Nationalität verbunden fühlen oder sich mit dem Begriff „europäisch“ identifizieren können. Nachfolgend werden die am Projekt beteiligten Länder hinsichtlich dieser Frage betrachtet und untereinander sowie mit Durchschnittswerten der gesamten EU verglichen.

Countries / Categories	UK Ø	DE Ø	CZ Ø	SK Ø	EU Ø
1) „national only“	54,7%	26,6%	40,3%	34,5%	36,5%
2) „national & European“	35,9%	57,5%	52,3%	56,4%	53,1%
3) „European & national“	6,1%	10,8%	5,3%	6,3%	6,6%
4) „European only“	1,2%	2,2%	1,3%	1,3%	1,9%

Tab. 1: Durchschnittswerte einzelner Länder. Quelle: Eurobarometer 82-91 (2014-2019), eigene Darstellung.

¹⁵ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/145/die-unionsburger-und-ihre-rechte> (zuletzt geprüft am 20.02.2020); <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/149/die-europaische-burgerinitiative> (zuletzt geprüft am 20.02.2020)

¹⁶ https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2098_84_3_STD84_ENG

Tabelle 1 zeigt die zusammengefassten Durchschnittswerte aus den letzten zehn Umfragen des Eurobarometers (2014 bis 2019) für das Vereinigte Königreich (UK), Deutschland (DE), Tschechien (CZ) und die Slowakei (SK) sowie für die Europäische Union (EU) insgesamt hinsichtlich der jeweiligen Antwortkategorien auf die Frage „Do you see yourself as...“, die in der ersten Tabellenspalte dargestellt sind. Betrachtet man die erste Zeile, so wird deutlich, dass hinsichtlich der Identifikation als „only national“ vor allem UK mit 54,7% deutlich über und DE mit 26,6% deutlich unter dem Durchschnittswert für die gesamte EU (36,5%) liegt. Die beiden anderen Länder befinden sich näher am EU-Durchschnitt. In CZ identifiziert man sich mit 40,3% etwas stärker als der Durchschnitt mit der nationalen Identität, in SK mit 34,5% etwas weniger.

Auffällig ist zudem, dass sich nur 35,9% der Befragten aus UK als „national & European“ – also an erster Stelle mit der nationalen Identität, an zweiter aber dennoch mit der europäischen – identifizieren. Das ist einerseits wesentlich weniger als der EU-Durchschnitt, in dem sich 53,1% mit ihrer nationalen Identität und als europäisch identifizieren, und andererseits auch als der Durchschnitt in den anderen drei betrachteten Ländern, die mit 57,5% (DE), 52,3% (CZ) und 56,4% (SK) alle nur leicht vom EU-Durchschnittswert abweichen. Mit Ausnahme von UK, wo sich eine Mehrheit der Befragten ausschließlich mit ihrer Nationalität identifiziert, identifiziert sich eine Mehrheit der Befragten in den übrigen drei Ländern und auch in der EU insgesamt sowohl mit ihrer Nationalität als auch mit Europa.

In der Kategorie der „European & national“ – also der vorrangigen Identifikation als europäisch und der zweitrangigen mit der Nationalität – liegen die Befragten aus DE mit 10,8% am weitesten über dem EU-Durchschnitt von 6,6%. UK, CZ und SK weichen in der Kategorie „European & national“ nur wenig vom EU-Durchschnitt ab. Am geringsten ist die Identifikation als „European & national“ mit 5,3% in CZ.

Die Identifikation als „European only“ fällt sowohl im EU-Durchschnitt, der bei 1,9% liegt, als auch in den einzelnen Ländern sehr gering aus. Am stärksten ist diese Form der Identifikation mit 2,2% in DE, in CZ und SK identifizieren sich jeweils lediglich 1,3% als „European only“ und in UK sind es 1,2%.

Die große Mehrheit der Befragten in jedem der betrachteten Länder und auch in der EU insgesamt – zwischen 84% und 93% – identifiziert sich demnach als „more national than European“, eine Kategorie, die sich aus der Summe der Kategorien „national only“ und „national & European“ zusammensetzt. Als „more European than national“, eine Kategorie, die sich aus der Summe der Kategorien „European & national“ und „European only“ zusammensetzt, identifizieren sich – abgesehen von Deutschland, das leicht im zweistelligen Bereich liegt – nur einstellige Prozentzahlen der befragten Personen. Dennoch gaben in etwa die Hälfte der Befragten an, sich in irgendeiner Form als „European“ – Summe der Kategorien „national & European“, „European & national“ und „European only“ – zu identifizieren. UK bildet hier mit 43,5% das Schlusslicht, während der Durchschnitt in DE bei 71,7% liegt. Der EU-Durchschnitt von 61,6%, CZ mit 59,2% und SK mit 63,1% liegen dazwischen.

Alles in allem zeigt sich also, dass sich nur in UK eine Mehrheit der Befragten ausschließlich mit der nationalen Identität identifiziert, während sich in den anderen Ländern eine Mehrheit als vorrangig national, aber zweitrangig europäisch betrachtet. Als ausschließlich europäisch beschreibt sich in jedem der betrachteten Länder nur eine kleine Minderheit. So zeigt es sich für die Befragten aus DE, dass die Diskrepanz zwischen der Identifikation mit nationaler und europäischer Identität im Durchschnitt nicht annähernd so hoch ist wie in den osteuropäischen Staaten und in UK. Gerade das Vereinigte Königreich und Tschechien weisen deutliche Präferenzen auf, was die nationale Identität betrifft. Weiterhin liegt UK in der „European“-Statistik fast 20-Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt – so viel wie kein anderer der hier vorgestellten Staaten.

Aktuelle Herausforderungen der einzelnen Länder und der EU insgesamt



Im Hinblick auf die Relation zwischen nationaler und europäischer Identität stehen die vier am Projekt beteiligten Staaten vor unterschiedlichen Herausforderungen. In Großbritannien steht der Brexit und die damit verbundenen Verhandlungen mit der EU im Vordergrund. Brexit, eine Stabilisierung der Zugehörigkeitsmessung wird sich wohl erst nach Abschluss des Brexit zeigen. Sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei lassen sich umfassende Regierungswechsel in den letzten Jahren feststellen, die jeweils auch Folgen für die

Haltung gegenüber der EU hatten. In Deutschland sind wir mit einer ambivalenten Entwicklung konfrontiert: zum einen herrscht eine hohe Identifikation mit Europa – einerseits aus historischen Gründen, andererseits aber auch, weil seit langem Deutsche zentrale Positionen innerhalb der EU einnehmen, z.B. aktuell durch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Andererseits gibt es seit wenigen Jahren rechtspopulistische Parteien, die mit gezielt national ausgerichteten Forderungen vermehrt Zulauf erhalten und dadurch eine Herausforderung für das gesamte sehr EU-freundliche Spektrum etablierter Parteien darstellt.

Inwieweit jene Entwicklungen, die Europa insgesamt herausfordern (Flüchtlingsmigration und Pandemie) zu einer Verstärkung nationaler oder europäischer Identitäten führen kann aktuell noch nicht abgeschätzt werden.



Referenzen

- 1) Andreouli, Eleni. 2018. "Constructions of Europe in the Run-Up to the EU Referendum in the UK." *Identities* 26(2):241–259. DOI: 10.1080/1070289X.2018.1486091.
- 2) Baras, Ronit. 2020. Teaching peace and overcoming assumptions through reflective teaching. <https://www.behappyinlife.com/celebrating-diversity-challenging-teachers-cultural-thinking/>.
- 3) Bux, Udo. 2020a. "European Citizens' Initiative." European Parliament. February 2020. Accessed February 20, 2020. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/149/die-europaische-burgerinitiative>.
- 4) Bux, Udo. 2020b. "The Citizens of the Union and Their Rights." European Parliament. February 2020. Accessed February 20, 2020. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/145/die-unionsburger-und-ihre-rechte>.
- 5) Davies, Pascale. 2019. The Top Five Challenges For Europe In 2020. In: *Forbes*. Dec 31. <https://www.forbes.com/sites/pascaledavies/2020/12/31/the-five-top-challenges-for-europe-in-2020/?sh=5cf780a543ff>.
- 6) Eurobarometer. 2015a. "Standard Eurobarometer 82." European Parliament. April 07, 2015. Accessed January 17, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2041_82_3_STD82.
- 7) Eurobarometer. 2015b. "Standard Eurobarometer 83." European Parliament. September 25, 2015. Accessed January 17, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2099_83_3_STD83_ENG.
- 8) Eurobarometer. 2016a. "Standard Eurobarometer 84." European Parliament. March 15, 2016. Accessed January 17, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2098_84_3_STD84_ENG.
- 9) Eurobarometer. 2016b. "Standard Eurobarometer 85." European Parliament. July 29, 2016. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2130_85_2_STD85_ENG.
- 10) Eurobarometer. 2017a. "Standard Eurobarometer 86." European Parliament. March 06, 2017. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2137_86_2_STD86_ENG.
- 11) Eurobarometer. 2017b. "Standard Eurobarometer 87." European Parliament. August 01, 2017. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2142_87_3_STD87_ENG.
- 12) Eurobarometer. 2018a. "Standard Eurobarometer 88." European Parliament. March 19, 2018. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2143_88_3_STD88_ENG.
- 13) Eurobarometer. 2018b. "Standard Eurobarometer 89." European Parliament. September 24, 2018. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2180_89_1_STD89_ENG.
- 14) Eurobarometer. 2019a. "Standard Eurobarometer 90." European Parliament. March 12, 2019. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2215_90_3_STD90_ENG.
- 15) Eurobarometer. 2019b. "Standard Eurobarometer 91." European Parliament. August 5, 2019. Accessed January 14, 2020. https://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2253_91_5_STD91_ENG.
- 16) European Council. 2020. "How Maastricht Changed Europe: New Tools for a New European Agenda." February 20, 2020. Accessed February 07, 2020. <https://www.consilium.europa.eu/en/maastricht-treaty/>.
- 17) European Union. 2020. "Die Geschichte der Europäischen Union". April 30, 2020. Accessed June 15, 2020. https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de.
- 18) Große-Hüttmann, Martin and Hans-Georg Wehling. 2013. *Das Europa Lexikon: Begriffe, Namen, Institutionen*. Bonn: Dietz-Verlag.
- 19) Herbert, Ulrich. 2018. *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. 2nd ed. München: Beck.
- 20) Marzocchi, Ottavio. 2020. "Free Movement of Persons." European Parliament. February 2020. Accessed February 20, 2020. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/147/freier-personenverkehr>.
- 21) Heinlein, Stefan. 2014. "Tschechien und Slowakei, glücklich getrennt: Das Ende der Tschechoslowakei und welche Folgen es hatte." *Deutschlandfunk Kultur*, November 11, 2014. https://www.deutschlandfunkkultur.de/tschechien-und-slowakei-gluecklich-getrennt.979.de.html?dram:article_id=302772.
- 22) Kaczorowska, Alina. 2008. *European Union Law*. New York: Routledge-Cavendish.
- 23) Kowalcuk, Ilko-Sascha. 2019. *Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: Beck.



- 24) Kraatz, Susanne. 2020. "Freizügigkeit der Arbeitnehmer." European Parliament. February 2020. Accessed February 20, 2020. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/41/freizugigkeit-der-arbeitnehmer>.
- 25) Köcher, Renate. 2019a. "Allensbach-Umfrage: Das ostdeutsche Identitätsgefühl." Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ.net), July 23. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-das-ostdeutsche-identitaetsgefuehl-16299169.html>.
- 26) Köcher, Renate. 2019b. „Fremd im eigenen Haus.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ.net), January 23.
- 27) Mesežnikov, Grigorij. 2010. Česko-slovenské vzťahy v období politickej transformácie. In: Sborník z konferencie „1989-2009: Spoločnosť. Dejiny. Politika“. Praha: Ústav pro soudobé dějiny, Nadácia Heinricha Bölla Praha, Goethe-Institut Praha, 2010.
http://www.io.sk/buxus/docs//rozne/meseznikov_CS_vztahy_v_obdobi_politickej_transformacie.pdf
- 28) Millner, Vaughne. 2015. "The 1974-75 UK Renegotiation of EEC Membership and Referendum." UK Parliament, House of Commons Library, Commons Briefing Papers. July 13, 2015. Accessed February 10, 2020. <https://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/CBP-7253>.
- 29) NatCen. 2015. "Do We Feel European and Does It Matter?" Accessed February 10, 2020. <https://whatukthinks.org/eu/analysis/do-we-feel-european-and-does-it-matter/>.
- 30) Nikischer, Richard. 2013. Formovanie teritoriálnej identity Čechov a Slovákov. In: Mladá veda 1 (2), s. 10-23. https://www.soc.cas.cz/sites/default/files/publikace/nikischer_r._2013_-_formovanie_teritorialnej_identity_0.pdf
- 31) Official Journal of the European Union. 2020. "Agreement on the Withdrawal of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland from the European Union and the European Atomic Energy Community." European Union. January 31, 2020. Accessed February 10, 2020. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:12020W/TXT>
- 32) Ranta, Ronald and Nevena Nancheva. 2018. "Unsettled: Brexit and European Union Nationals' Sense of Belonging." Population, Space and Place 25(1). DOI: 10.1002/psp.2199.
- 33) Schanetzky, Tim. 2019. "30 Jahre Mauerfall Wunden der ostdeutschen Seele." Süddeutsche Zeitung (SZ.de), September 21. <https://www.sueddeutsche.de/politik/mauerfall-geschichte-ostdeutschland-ddr-1.4575443>.
- 34) Skrastina, Elizabete Marija. 2016. What does it mean to be a European citizen? The realities of EU citizenship and the nationalism problem of Europe. In: The Eurocultur, October 17, <https://eurocultur.eu/2016/10/17/what-does-it-mean-to-be-a-european-citizen-the-realities-of-eu-citizenship-and-the-nationalism-problem-of-europe/>.
- 35) Svatuška, Martin. 2003. Vzťahy medzi Čechmi a Slovákami v období ich spoločnej štátnosti. In: Slovenská politologická revue, 1/2003.
- 36) Zandonella, Bruno. 2009. Pocket Europa: EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- 37) ZEIT ONLINE. 2017. "Schulz will Vereinigte Staaten von Europa bis 2025." ZEIT ONLINE, December 07. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/spd-martin-schulz-parteitag-rede-grosse-koalition>.